



HESSISCHER LANDTAG

7. Wahlperiode . Drucksache 7/5045

(schließt an Drucks. 7/4856 an)

26. 03. 74

Empfehlungen der Ausschüsse zu Petitionen

Die Ausschüsse legen dem Landtag zu Petitionen, die ihnen überwiesen waren, folgende Empfehlungen vor:

Eingegangen am 26. März 1974

Eilausfertigung am 26. März 1974

Ausgegeben am 20. Mai 1974

Druck: Carl Ritter & Co. Wiesbaden . Vertrieb: Verlag Dr. H. Heger 53 BN-Bad Godesberg Goethestr. 56 Tel. (02221)/36 35 51

Hauptausschuß:

Nr. 1639/VII —
 Johannes Keller, Kassel
 Bedenken gegen Pressekonzentration im Bereich
 Nordhessen/Südniedersachsen

Berichterstatter:
 Abg. Dr. Strelitz

Der Ausschuß empfiehlt dem Plenum, die Eingabe der Landesregierung mit der Bitte zu überweisen, den Petenten über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.

Kulturpolitischer Ausschuß:

Nr. 2260/VII —
 Fachbereichstag Elektrotechnik, Hamburg
 Anregung zum Übergang zwischen anwendungs- und
 forschungsorientierten Studiengängen bei der Neu-
 gestaltung des Ingenieurstudiums

Berichterstatter:
 Abg. Schroeder

Der Ausschuß empfiehlt dem Plenum, die Eingabe der Landesregierung als Material zu überweisen.

Nr. 2276/VII —
 Gertrud Dörge, Alsfeld-Eifa
 Anregung betreffend hauswirtschaftliche Grund-
 ausbildung in Berufsschulen

Berichterstatterin:
 Abg. Frau Uhlhorn

Der Ausschuß empfiehlt dem Plenum, die Eingabe der Landesregierung zur Erwägung zu überweisen.

Petitionsausschuß:

Nr. 2305/VII —
 Karl Schneider, Wiesbaden
 Beschwerde wegen verzögerter Entschädigungs-
 regelung

Berichterstatter:
 Abg. Klocksin

Nr. 2294/VII —
 Gerhard Langer, Okriftel
 Beschwerde gegen Sozialbehörden wegen angeblicher
 Mißachtung des Elternrechts

Berichterstatter:
 Abg. Firnhaber

Nr. 2309/VII —
 Elisabeth Bühl-Ehl, Georgenborn
 Beschwerde wegen Untätigkeit des Ausgleichs-
 amtes Wiesbaden

Berichterstatter:
 Abg. Firnhaber

Der Ausschuß empfiehlt dem Plenum, die Petitionen Nr. 2305, 2294, 2309 und 2352/VII der Landesregierung mit der Bitte zu überweisen, die Petenten über die jeweilige Sach- und Rechtslage zu unterrichten.

Nr. 2352/VII —
 Hermann Ehrhardt, Ffm.-Fechenheim
 Beschwerde wegen Einbehaltung eines Teils der
 KB-Rente

Berichterstatter:
 Abg. Bayer

Nr. 2384/VII —

Robert Fritzingler, Altenstadt
Bitte um beschleunigte Festsetzung der Rente

Berichterstatter:
Abg. Reichert

Nr. 2389/VII —

Hermann Krapohl, Kaarst
Beschwerde wegen Ausschluß aus der gesetzlichen
Krankenversicherung

Berichterstatter:
Abg. Firnhaber

Nr. 1819/VII —

Ernst Göbel, Heimbach ü. Treysa
Beschwerde über die Gemeindeverwaltung Gilserberg

Berichterstatter:
Abg. Jagoda

Nr. 2027/VII —

Interessengemeinschaft Neubaugebiet Büdingen-
Rinderbügen
Beschwerde wegen Erhöhung der Anliegerbeiträge
durch Gemeindegebietsreform

Berichterstatter:
Abg. Reichert

Nr. 2164/VII —

Gustav Kohl, Taunusstein 2
Beschwerde gegen die frühere Gemeinde Bleiden-
stadt wegen der Bemessung von Anliegergebühren

Berichterstatter:
Abg. Firnhaber

Nr. 2391/VII —

Hans Schnok, Wiesbaden-Freudenberg
Bitte um Einweisung in den gehobenen technischen
Dienst durch Ausnahmegenehmigung

Berichterstatter:
Abg. Platte

Nr. 2281/VII —

Klaus Uwe Barth, Gladenbach
Beschwerde wegen verspäteter Zahlung von Hinter-
bliebenenrente

Berichterstatter:
Abg. Bohl

Nr. 2022/VII —

Wilhelm Ernst, Battenberg 3
Beschwerde wegen Genehmigung einer Tiermästerei
im Innenbezirk eines Dorfes

Berichterstatter:
Abg. Jagoda

Nr. 2378/VII —

Wilhelm Stuntz, Wiesbaden-Dotzheim
Bitte um Beförderung zum Oberregierungsrat

Berichterstatter:
Abg. Platte

Der Ausschuß empfiehlt dem Plenum, die Petitionen
Nr. 2384, 2389, 1819, 2027, 2164 und 2391/VII
der Landesregierung mit der Bitte zu überweisen,
die Petenten über die jeweilige Sach- und Rechtslage
zu unterrichten.

Der Ausschuß empfiehlt dem Plenum, die Eingabe der
Landesregierung mit der Bitte zu überweisen, den
Petenten über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.

Der Ausschuß ersucht die Landesregierung um einen
Bericht über die grundsätzliche Abwicklung von An-
trägen auf Zahlung von Hinterbliebenenrente, insbe-
sondere über die dabei üblichen Bearbeitungszeiten.

Der Ausschuß empfiehlt dem Plenum, die Eingabe der
Landesregierung mit der Bitte zu überweisen, den
Petenten über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten
und seinen Beschwerden abzuwehren, soweit sie gerecht-
fertigt sind.

Der Ausschuß empfiehlt dem Plenum, die Eingabe der
Landesregierung mit der Bitte zu überweisen, den
Petenten über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten
und dabei darauf hinzuweisen, daß der Petent ohne
Ablegung der Inspektorenprüfung später Regierungs-
rat geworden ist.

Nr. 2349/VII —
Alfred Müller, Bad Homburg
Beschwerde wegen Verzögerung eines Straf-
verfahrens

Berichterstatter:
Abg. Kruse

Der Ausschuß empfiehlt dem Plenum, die Eingabe der Landesregierung mit der Bitte zu überweisen, den Petenten sowie den Verein gegen den parlamentarischen und bürokratischen Mißbrauch e.V., 46 Dortmund 1, Postfach 1004 — Dr. Spielmann — über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.

Nr. 2190/VII —
Alfred und Margarete Selzer, Hirschhorn/Neckar
Beschwerde wegen schleppender Bearbeitung einer Strafanzeige durch die Kriminalpolizei Wiesbaden

Berichterstatterin:
Abg. Frau Seitz

Der Ausschuß empfiehlt dem Plenum, die Eingabe der Landesregierung als Material zu überweisen.

Nr. 2197/VII —
Hans-Joachim Kreitz, Oberursel 4
Bitte um Zulassung eines Bauvorhabens im Außen-
bereich der Gemeinde Neu-Anspach

Berichterstatter:
Abg. Bayer

Der Ausschuß empfiehlt dem Plenum, die Eingaben Nr. 2197 und 2216/VII der Landesregierung als Material zu überweisen.

Nr. 2216/VII —
Friedrich Reuter, Viernheim
Bitte um Härteausgleich gemäß § 23 des Unterhalts-
sicherungsgesetzes

Berichterstatterin:
Abg. Frau Seitz

Nr. 2310/VII —
Johannes Möbius, Frankfurt am Main 80
Bitte um Unterlassung des zwangsweisen Abbruchs
eines nicht genehmigten Bauwerks

Berichterstatter:
Abg. Bayer

Der Ausschuß empfiehlt dem Plenum, die Eingabe der Landesregierung zur Kenntnisnahme zu überweisen.

Nr. 2506/VII —
Renate Ernst, Kassel
Bitte um Weiterbeschäftigung im Angestellten-
verhältnis

Berichterstatter:
Abg. Bayer

Der Ausschuß empfiehlt dem Plenum, die Eingabe der Landesregierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Nr. 2003/VII —
Johannes Kurz, Niederau II
Beschwerde über kommunale Behörden

Berichterstatter:
Abg. Reichert

Der Ausschuß empfiehlt dem Plenum, die Eingabe für ungeeignet zur weiteren Beratung im Landtag zu erklären, da die darin vorgebrachten Beschwerden offensichtlich unbegründet sind.

Nr. 2347/VII —
Stefan Smolek, Groß-Umstadt
Bitte um Einbürgerung

Berichterstatter:
Abg. Nowak

Der Ausschuß empfiehlt dem Plenum, die Petitionen Nr. 2347 und 2393/VII für erledigt zu erklären, da ihren Begehren entsprochen worden ist.

Nr. 2393/VII —
Edwin Scharf, Frankfurt am Main
Bitte um Erteilung einer Baugenehmigung

Berichterstatter:
Abg. Bayer

Nr. 2117/VII —
Gustav Schunck, Schwalmstadt
Beschwerde gegen die JVA Schwalmstadt
Berichterstatter:
Abg. Jagoda

Der Ausschuß empfiehlt dem Plenum, die Eingabe für erledigt zu erklären, da sie von dem Petenten zurückgezogen worden ist.

Rechtsausschuß:

Nr. 2438/VII —
Fred Majewski, Kassel
Nr. 2439/VII —
Peter Heritz, Kassel
Nr. 2452/VII —
Jürgen Kaschubowski, Kassel
Nr. 2440/VII —
Fritz Eberhard Löwer, Kassel
Nr. 2441/VII —
Norbert Hansmann, Kassel
betreffend Bitte um Weiterführung des Gruppen-
vollzugs in der JVA Kassel
Berichterstatter:
Abg. Korn

Der Ausschuß empfiehlt dem Plenum, die Eingaben Nr. 2438, 2439, 2452, 2440 und 2441/VII der Landesregierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Nr. 2453/VII —
Aktionsgemeinschaft der deutschen Rechts-
anwälte e.V., Horn-Bad Meinberg
Anregung zum Entlohnungssystem im Strafvollzug
Berichterstatter:
Abg. Milde

Der Ausschuß empfiehlt dem Plenum, die Eingabe der Landesregierung bezüglich der Anregungen zum Entlohnungssystem als Material und im übrigen mit der Bitte zu überweisen, die Petentin über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.

Der Ausschuß stellt zu den Fragen der Petentin folgendes fest:

Zu 1: Der Rechtsausschuß ist der Auffassung, daß Sinn der Strafe selbstverständlich nicht die Ausbeutung der Arbeitskraft eines Gefangenen ist.

Zu 2: Die Justiz hat bisher die Arbeitskraft der Gefangenen nicht „ausgebeutet“ und hat im übrigen alle ihr möglich erscheinenden Versuche unternommen, die Gefangenen wieder in die Gesellschaft einzugliedern.

Zu 3: Soweit eine bundesgesetzliche Regelung notwendig und auch im Gesetzgebungsverfahren befindlich ist, ist der Rechtsausschuß des Hessischen Landtags nicht zur Beschlußfassung kompetent.

Sozialpolitischer Ausschuß:

Nr. 2254/VII —
Heinrich Hartmann, Frankfurt am Main
Anregung zur Zuständigkeit für die Beschädigten-
fürsorge
Berichterstatter:
Abg. Leinbach

Der Ausschuß empfiehlt dem Plenum, die Eingabe der Landesregierung mit der Bitte zu überweisen, den Petenten über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.

Nr. 2270/VII —
Arbeitskreis der Direktoren öffentlicher psychia-
trischer Krankenhäuser in der Bundesrepublik
Deutschland und West-Berlin, Regensburg
Anregung zur Facharztausbildung u. a.
Berichterstatterin:
Abg. Frau Vater

Der Ausschuß empfiehlt dem Plenum, die Eingabe der Landesregierung als Material zu überweisen.

Ausschuß für Wirtschaft und Technik:

Nr. 2282/VII --
Bürgerinitiative „Generalverkehrsplan Korbach“,
Korbach 1
Anregung zur Lösung der Korbacher Verkehrs-
probleme

Berichterstatter:
Abg. Wilhelm Koch

Der Ausschuß empfiehlt dem Plenum, die Eingabe der
Landesregierung als Material zu überweisen.

Nr. 2292/VII --
Schüler und Schülerinnen der Klasse 6 b der Eduard-
Spranger-Schule, Frankfurt am Main-Sossenheim
Anregung zur besseren Verwendung der für die
Elektrifizierung der Autobahn Frankfurt - Wies-
baden vorgesehenen Mittel

Berichterstatter:
Abg. Dr. Loew

Nr. 2345/VII --
Gemeindevorstand der Gemeinde Kirchheim/Aulatal
Beschwerde gegen geplante Linienführung der
Schnellbahn der Ergänzungsstrecke Hannover --
Kassel -- Gemünden

Berichterstatter:
Abg. Stöckl

Der Ausschuß empfiehlt dem Plenum, die Eingaben
Nr. 2292 und 2345/VII der Landesregierung als
Material und mit der Bitte zu überweisen, die Pe-
tenten über die Sach- und Rechtslage zu unter-
richten.

Nr. 2410/VII --
Stadtverordnetenversammlung der Stadt Neu-
Isenburg
Anregung zur Schaffung von Lärmschutzeinrich-
tungen an der BAB 15 in Höhe des Stadtteils
Gravenbruch

Berichterstatter:
Abg. Radomicki

Der Ausschuß empfiehlt dem Plenum, die Eingabe der
Landesregierung als Material zu überweisen.

